

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

2017 war aus sozialdemokratischer Sicht ein turbulentes Jahr. Im Frühjahr die Wahl von Martin Schulz zum neuen Parteivorsitzenden und Spitzenkandidaten, danach ein euphorischer Wahlkampfstart. Nach den Landtagswahlen dann die erste Ernüchterung und zwei bittere Niederlagen in Nordrhein-Westfalen und bei uns im Land. Besonders schmerzhaft war die Niederlage bei der Bundestagswahl im September. Heute, zweieinhalb Monate später, ist noch keine neue Regierung in Sicht. Aber alle Augen richten sich auf die SPD. Und bei vielen Grünkohlessen, Mitgliederversammlungen und Weihnachtsfeiern ist die beherrschende Frage die nach dem „Was jetzt?“.



Foto © Büro Bettina Hagedorn

Bei der Wahlkreis-Konferenz, zu der Bettina Hagedorn und ich am 30. November eingeladen hatten, haben wir über alle Möglichkeiten kontrovers und ausführlich diskutiert.

In aller Kürze gibt es aus meiner Sicht jetzt fünf Optionen Zwei davon sind denkbar schlecht

- ◆ Ohne zu zögern und ohne echte Änderungen durchzusetzen, in eine neue Große Koalition zu gehen. Das wäre gefährlich für unsere Demokratie. Denn Große Koalitionen sollten eine Ausnahme sein für besondere Zeiten. Werden sie zur Normalität, stärkt das die politischen Ränder. Und es würde wohl auch unsere Partei zerreißen – ein Interesse daran kann nur haben, wer glaubt, Deutschland bräuchte keine sozialdemokratische Politik mehr.
- ◆ Sich als SPD jetzt in die Ecke zu verziehen und mit niemandem zu sprechen. Erst recht, nachdem der Bundespräsident dazu explizit aufgefordert hat. Das kann man niemandem erklären.

Drei andere Optionen bergen viele Risiken, aber am Ende auch eine Chance

- ◆ Wir reden mit der Union, stellen unsere Kernthemen nach vorne und verhandeln hart. Wenn klar ist, dass mit der Union

mehr als ein „weiter so“ nicht geht, dann machen wir die Gründe transparent und gehen selbstbewusst in Neuwahlen – Angst davor haben wir nicht. Und wir hätten dann Schwarz auf Weiß, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

- ◆ Wir reden mit der Union, stellen unsere Kernthemen nach vorne und verhandeln hart. Wenn die Union sich dann bewegt und wir einen Koalitionsvertrag aushandeln, entscheiden die Mitglieder. Ich bin mir sicher, dass sich nach 2013 niemand in der SPD die Entscheidung leichtmachen wird. Ein Vertrag, der in der SPD unter diesen Bedingungen eine Mehrheit bekommen soll, müsste verdammt gut sein und wäre alles andere als „weiter so“.
- ◆ Die letzte Option lässt sich am schwersten kalkulieren – auch weil wir ihr Zustandekommen nicht alleine in der Hand haben. Und trotzdem lohnt es sich, über die Bildung einer Unions-Minderheitsregierung sehr intensiv nachzudenken. Die Gefahr liegt ohne Zweifel auf der Hand. Anders als in den vergangenen vier Jahren gibt es aktuell im Bundestag eine rechte Mehrheit, das ist insbesondere sozialpolitisch eine große Gefahr. Und ohne sozialdemokratische Kabinettsmitglieder wäre unser Einfluss gewiss begrenzt.

Doch trotzdem birgt eine solche Konstellation auch Chancen

- ◆ auf bessere Debatten im Parlament,
- ◆ auf klar erkennbare Unterschiede und
- ◆ auf Mehrheiten, die zumindest gesellschaftspolitisch etwas verändern können.

Auch die nächsten Wochen werden sicherlich turbulent. Unsere Zusage ist klar. Auch alle weiteren Schritte gehen wir in der SPD Ostholstein gemeinsam. Sobald es wieder Gesprächsbedarf gibt, werden wir erneut alle Mitglieder zu einer Wahlkreis-Konferenz einladen. Und sollte am Ende tatsächlich ein Koalitionsvertrag stehen, über den die Mitglieder selbstverständlich werden abstimmen können, dann veranstalten wir in Ostholstein eine Mit-

INHALT	SEITE
Editorial	1
Wie geht's weiter in Berlin?	2
LPT Neumünster	
Der erste Eindruck	3
Der Blick nach innen	3
AFA hat Pläne	4
Kommentare zu ...	
... SPD++	4
... GroKo	4
Seit' an Seit' in Berlin	5
Krankenhäuser in OH	6
Abgelehnter Beschlussvorschlag	7
Die Farbe Rot	8
Internet-Verbraucherschutz	9
AfD im Bundestag	9
Haustürgespräche	10
Impressum	10

gliederversammlung, um gemeinsam alle Aspekte zu diskutieren.

Die SPD muss sich jetzt von niemandem verrückt machen lassen. Das Land hat eine geschäftsführende Regierung, die ihren Job macht und das aller Voraussicht nach auch noch einige Zeit so fortsetzen kann. Wir haben mit dem Bundestag ein handlungsfähiges Parlament, das jederzeit Beschlüsse fassen und die geschäftsführende Regierung kontrollieren kann. Und auch darüber hinaus hat die Situation wenig Krisenhaftes. Die Haushalte von Bund und Ländern erwirtschaften Überschüsse, die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit 25 Jahren nicht mehr und es droht keine weltweite Wirtschaftskrise. Wir haben Zeit für Diskussionen, die SPD kann sich alle Zeit nehmen, die sie braucht. Denn das ist ein verantwortlicher Umgang mit dem Wahlergebnis. Und egal was kommt, wir sind gut vorbereitet – nicht zuletzt wegen vieler engagierter Neumitglieder, die in diesem Jahr zu

uns gestoßen sind. 2017 war auch das Jahr, in dem wir den Mitgliederschwund stoppen und umkehren konnten.

Ich wünsche euch und euren Lieben eine schöne Weihnachtszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch. Im Namen des Kreisvorstandes bedanke ich mich für zwei engagierte Wahlkämpfe und gute Zusammenarbeit zwischen den Ebenen. Lasst uns 2018 genau so weitermachen! ■

Viele Grüße
Euer



Niclas Dürbrook
SPD Kreisvorsitzender

WIE GEHT'S WEITER IN BERLIN?

Seit FDP-Chef Lindner in verantwortungsloser Selbstinszenierung nach fünfwöchigen Jamaika-Sondierungsverhandlungen die Bühne verlassen hat, richten sich alle Augen wieder auf die SPD. Die Debatte über eine neue Regierung ist spannend und in vollem Gang. Ich habe dazu unzählige Mails und Briefe beantwortet und meine ausführliche persönliche Stellungnahme an viele Genossen versendet und für alle auf meiner Website www.bettina-hagedorn.de veröffentlicht.

Überall werde ich angesprochen, jeder möchte eine Einschätzung aus den Sitzungen aus Berlin hören. Mehr als 60 Ostholsteiner sind zu der Wahlkreis-Konferenz am 30. November in Eutin gekommen, um mit dem Kreisvorsitzenden Niclas Dürbrook und mir über ein Ja oder Nein zur GroKo und über andere Regierungsmodelle wie die Minderheitenregierung, eine Tolerierung oder Kooperation zu diskutieren.

Urpötzlich ist das politische Interesse bei allen wieder erwacht – das belebt unsere Demokratie. Ob beim Grünkohlessen in Bad Schwartau, dem Neumitgliederfrühstück beim Ortsverein Oldenburg, selbst beim Verteilen meiner Weihnachtsliederhefte in der Kurparkresidenz in Haffkrug – bei allen gibt es Informations hunger und Lust an politischer Kontroverse.

In einer sechsstündigen respektvollen, sachlichen Debatte auf dem Bundesparteitag am 7. Dezember in Berlin haben wir über die Vor- und Nachteile verschiedener Regierungsmodelle diskutiert. Gerade die Jusos haben vehement für die Festlegung „No GroKo“ geworben, aber am Ende haben die 600 Delegierten mit deutlicher Mehrheit für Sondierungsgespräche mit offenem Ausgang gestimmt. Genau wie unser wiedergewählte Parteivorsitzender Martin Schulz eindeutig festgelegt hat, ist das auf gar keinen Fall ein Automatismus zu einer neuen Großen Koalition.

Jetzt starten am 13. Dezember die Sondierungsgespräche mit der Union, die aber mit Sicherheit nicht fünf Wochen wie bei Jamaika dauern werden. Ergebnisse dieser Sondierung werden von einem SPD-Bundesparteitag, wahrscheinlich Anfang Januar, vorgestellt und sicherlich erneut kontrovers bewertet. Die Parteitagsdelegierten werden dann darüber entscheiden, ob sie für

das, was die SPD für die Menschen inhaltlich durchsetzen konnte, ihr Ja zu Koalitionsgesprächen geben. Klar ist: Es geht um Inhalte und sozialdemokratische Forderungen, wie die deutliche Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, eine bessere Bezahlung in der Pflege, den gleichen Beitragsanteil von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur gesetzlichen Krankenversicherung oder die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus. Auf dem Parteitag hat Martin Schulz noch einmal am 8. Dezember eine flammende leidenschaftliche Rede für Europa in der Europadebatte gehalten – mit anschließenden Standing Ovationen.

Sollte es einen Koalitionsvertrag geben, werden alle SPD-Mitglieder, genau wie schon 2013, in einem Mitgliederentscheid darüber abstimmen. Wenn die CDU/CSU unsere Kernanliegen zu Gunsten der Menschen in Deutschland blockiert, werden unsere Mitglieder mit Sicherheit kein grünes Licht für eine GroKo geben.

In den nächsten Wochen stimmen wir uns in diesem Prozess traditionell eng mit den Gewerkschaften ab. Das wurde auch bei der DGB-Nord Konferenz in Lübeck deutlich, wo der DGB-Chef Rainer Hoffmann klarstellte, dass er nach der Lektüre der Jamaika-Papiere – wie alle anderen Gewerkschafter auch – erleichtert war über das Scheitern von Jamaika. Aus Arbeitnehmersicht könne er nur sagen: Ein Glück, dass diese Katastrophe abgewendet wurde! Als Ehrengast war unsere Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig dort und schloss sich dem DGB-Chef an. Als stellvertretende SPD-Landesvorsitzende gratulierte ich dort Uwe Polkaehn zu seiner grandiosen Wiederwahl als DGB-Nord-Chef ebenso wie Frank Hornschuh zu seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Neumünster.

Auch die AG 60+ diskutierte. Mit meinen Kolleginnen aus dem Bundestag Nina Scheer/Lauenburg und Gabi Hiller-Ohm/Lübeck war ich bei der AG 60+ in Bad Schwartau eingeladen, um mit der AG-Landesvorsitzenden Gerlinde Böttcher und mehr als 70 Gästen konstruktiv und kritisch zu diskutieren. ■

Bettina Hagedorn, MdB

LANDESPARTEITAG AM 11. NOVEMBER IN NEUMÜNSTER



DER ERSTE EINDRUCK

Der Besuch des SPD Landesparteitags am 11.11.2017 war meine erste Parteiveranstaltung dieser Größenordnung. Die angesetzten Tagesordnungspunkte schienen den vorausgegangenen Ereignissen angemessen zu sein und versprachen Diskussionen. Das übliche Procedere eines solchen Ereignisses ließ dies auch zu: Unterschiedliche Redebeiträge der Parteibasis, der Jusos, des Vorstandes sowie des Landesvorsitzenden selbst trugen zu dem berechtigten Eindruck einer lebendigen und demokratischen Partei bei, deren Mitglieder sich auch nicht davor scheuen müssen, die Parteispitze zu kritisieren, ohne damit persönliche Risiken einzugehen.

Von meinem Platz aus konnte ich das Geschehen am Rednerpult gut verfolgen und einen ersten Eindruck in Sachen Basisdemokratie machen. Durch den grundsätzlich freundlichen und persönlichen Umgang unter Genossen und Genossinnen lernte ich neue Mitglieder kennen und traf Jusos, die ich auf Wahlkampfveranstaltungen kennen gelernt hatte, wieder.

Thema dieses außerordentlichen Parteitages war das schlechte Abschneiden der SPD im Wahljahr 2017, die neue Rolle der SPD SH in der Opposition und Strategien zur Neuaufstellung. Die Einstiegsrede des Landespartei vorsitzenden Ralf Stegner diente hierbei als Orientierung der schleswig-holsteinischen SPD nach den vergangenen Wahlniederlagen. Eine Neuausrichtung nach links und eine klare Trennung zwischen der „rechten Volkspartei CDU und der linken Volkspartei SPD“ sind hierbei federführend. Dementsprechend waren die Beiträge der Redner*innen: Ideen

einer Bürgerversicherung, sowie eines Grundeinkommens (ob bedingungslos oder nicht) zeigten, dass die Parteibasis hinter diesem nicht ganz neuen, aber klaren Kurs der Parteispitze steht.

Ich ziehe für mich das Fazit, dass ich mit meinem Parteieintritt im Mai des letzten Jahres richtig gehandelt habe und dass es mich weiter motiviert, die Parteiarbeit zu unterstützen, sei es im Wahlkampf oder bei den Jusos. ■

Felix Degenhardt

DER BLICK NACH INNEN

Die Bundestagswahl am 24. September war ein harter Schlag. So schlimm das Ergebnis für uns als Partei war, so gut war es doch als Weckruf innerhalb der Partei, denn nach dem schlechtesten Ergebnis der Nachkriegszeit konnte niemand mehr bestreiten, dass unsere Partei sich erneuern muss. Die Partei müsse „jünger, moderner und weiblicher“ werden, hörte man dann fast überall im Raum. Wenn genauso viele Leute auch wirklich daran arbeiten würden, wären wir wohl nicht bei 20% gelandet.

Trotzdem ist die Richtung natürlich richtig. Wer immer wieder alte Männer in die erste Reihe bei Wahlen stellt und sich dann wundert, dass wir besonders bei jungen Frauen immer weniger Stimmen holen, kann sich eigentlich nicht ernsthaft wun-

dern. Um die Partei von innen zu verändern, haben sich die Jusos aus dem ganzen Land bereits am 22. Oktober in Henstedt-Ulzburg getroffen und dabei einen progressiven Antrag verabschiedet, wie sie sich eine moderne SPD vorstellen. Viele der Punkte sind dann am 11.11. auf dem Landesparteitag auch in den Leit-antrag eingeflossen. So fordert die SPD Schleswig-Holstein jetzt zum Beispiel Mitgliederentscheide für die Kandidatur von Spitzenkandidaten (zur Erinnerung, die letzten beiden Male wurde das von ein paar Männern im Hinterzimmer besprochen), mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Neumitglieder, die öffentliche Aufarbeitung der Fehler und Versäumnisse der Agenda 2010

und die Etablierung einer Feedbackkultur auf allen Ebenen. Darüber hinaus hat sich die SPD klar für mehr Frauen und junge Menschen in den Vorständen und Parlamenten ausgesprochen.

Jetzt liegt es an allen Mitgliedern darauf zu achten und zu drängen, dass diese Beschlüsse auch eingehalten werden, denn nur, wenn wir uns erneuern, haben wir eine Chance, als Volkspartei auch in Zukunft noch eine Rolle zu spielen. ■

Liebe Grüße
Tim Dürbrook
LPT-Delegierter des Kreisverbands Ostholstein

DIE AFA-OSTHOLSTEIN BRAUCHT DRINGEND VERSTÄRKUNG



Wir sind nur noch zu viert, haben aber für das kommende Jahr große Pläne. So sind zum Beispiel die Ladenöffnungszeiten an der Küste, der Mindestlohn, die Bäderbahn, der Pflegenotstand und die geplante Feste Fehmarnbeltquerung sowie die Probleme im Hotel- und Gaststättengewerbe Themen, die wir unbedingt angehen müssen. Dazu – oder zu anderen aktuellen Themen – brauchen wir aber nicht nur weitere Aktive, wir wollen uns auch neu strukturieren. Alles kann in Frage gestellt und erneuert werden. Schaut euch an, was wir machen und helft uns, es noch besser zu machen.

Meldet Euch bitte bei mir unter 0171 – 566 90 77 oder bei Niclas Dürbrook. Macht euch mit uns für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark, wir zählen auf Euch! ■

Bernd Friedrichs
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Der Satz **Wir wollen, dass sich SPD-Mitglieder in der Partei engagieren können, ohne zehn Jahre im Ortsverein die Kasse geprüft zu haben** von SPD++ unter der Überschrift Online-Partizipation ist geschmacklos und abwertend für die Mitglieder, die sich bisher in den Ortsvereinen engagiert haben. Wer sind wir denn, wenn sich bei uns bisher nur Mitglieder engagieren können, die diese Funktion innehatten. Denkt doch mal nach, in welchem Licht ihr die engagierten Genossen und Genossinnen durch solch mangelnde Wertschätzung darstellt. Ich habe zwar noch nie eine Kasse geprüft, aber so eine öffentliche Aussage ist total daneben. “

Gudrun Ott
seit mehr als 30 Jahren engagierte Sozialdemokratin



- Online-Partizipation**: Wir wollen, dass sich SPD-Mitglieder in der Partei engagieren können, ohne zehn Jahre im Ortsverein die Kasse geprüft zu haben. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann Informationen über viele unterschiedliche Themen liefern, wenn die Betroffenen bereits über elektronische Mittel (z.B. E-Mail, Facebook) mit der Partei verbunden sind. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann auch die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erleichtern und die Parteiloyalität stärken.
- Potentiale nutzen**: Wir wollen, dass sich alle in der Partei engagieren können, ohne zehn Jahre im Ortsverein die Kasse geprüft zu haben. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann Informationen über viele unterschiedliche Themen liefern, wenn die Betroffenen bereits über elektronische Mittel (z.B. E-Mail, Facebook) mit der Partei verbunden sind. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann auch die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erleichtern und die Parteiloyalität stärken.
- Mehr Durchlässigkeit**: Wir wollen, dass die Übernahme von Verantwortung in der Partei erleichtert wird. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann Informationen über viele unterschiedliche Themen liefern, wenn die Betroffenen bereits über elektronische Mittel (z.B. E-Mail, Facebook) mit der Partei verbunden sind. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann auch die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erleichtern und die Parteiloyalität stärken.
- Vielfältiger**: Wir wollen, dass die SPD vielfältiger ist. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann Informationen über viele unterschiedliche Themen liefern, wenn die Betroffenen bereits über elektronische Mittel (z.B. E-Mail, Facebook) mit der Partei verbunden sind. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann auch die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erleichtern und die Parteiloyalität stärken.
- Mehr Frauen**: Wir wollen, dass mehr Frauen in der Partei engagieren können, ohne zehn Jahre im Ortsverein die Kasse geprüft zu haben. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann Informationen über viele unterschiedliche Themen liefern, wenn die Betroffenen bereits über elektronische Mittel (z.B. E-Mail, Facebook) mit der Partei verbunden sind. Ein elektronisches Mitgliedermittel kann auch die Kommunikation zwischen den Mitgliedern erleichtern und die Parteiloyalität stärken.

<https://spdplusplus.de>, gleich unter Die SPD neu denken.



“Große Koalition als einzige Alternative – an dieser Stelle würden sicher viele meiner Kollegen im Europäischen Parlament vehement widersprechen. Denn was in Deutschland im ersten Moment undenkbar erscheint, ist in vielen europäischen Ländern nicht unüblich: dass eine Partei, die über keine Mehrheit verfügt, eine Minderheitsregierung stellt und sich für ihre Vorhaben immer wieder um die Unterstützung durch die Oppositionsparteien bemühen muss.

Das gerade in skandinavischen Ländern durchaus geläufige Modell wurde in der parlamentarischen Kultur der Bundesrepublik nie wirklich erprobt – zumindest nicht auf Bundesebene. Anders ist das beispielsweise in Irland und Norwegen oder in Finnland, wo 22 der 38 Regierungen seit dem ersten Weltkrieg keine eigene Mehrheit hatten. Sicher positiv wird in diesen Fällen aufgenommen, dass Minderheitsregierungen viel aktiver für ihre Politik werben müssen. Und das nicht in politischen Talkshows, sondern dort, wo die politische Auseinandersetzung, das Streiten um den richtigen Weg hingehört: in den Parlamenten. Der Debattenkultur dort kommt dies sicher zugute. “

Ulrikes Rodust im Ostholsteinbrief vom Oktober 2013

BUNDESPARTEITAG VOM 7. BIS 9. DEZEMBER IN BERLIN SEIT‘ AN SEIT‘ IN DIE KOMMENDEN MONATE

SPD

Bundesparteitage sind immer ein besonderes Erlebnis. Für ordentliche Parteitage gilt das erst recht. An drei Tagen treffen sich rund 600 Delegierte aus dem ganzen Land. Sozialdemokraten aus Bayern stehen neben den Nordlichtern, Sachsen neben den Saarländern. Man trifft sich, kommt ins Gespräch und spürt die Gemeinsamkeiten in unserer Partei. Das ist eine ganz besondere Stimmung, von der auch der Letzte allerspätestens dann ergriffen wird, wenn am Ende gemeinsam „Wann wir schreiten Seit‘ an Seit‘“ angestimmt wird. Aber natürlich geht es in erster Linie um etwas anderes. Denn Parteitage sind der Ort, an dem gewählt und diskutiert wird.

Aus Ostholstein waren Bettina und ich als Delegierte für Schleswig-Holstein dabei. Gleich zum Start hatten wir das volle Medieninteresse, denn es ging bereits am Donnerstag um die große Frage, wie sich die SPD nach dem krachenden Scheitern der Jamaika-Sondierungen verhalten sollte.

GroKo oder NoKo?

Mehrere Stunden dauerte die Debatte darüber, über 90 Redebeiträge waren angemeldet worden. Einig waren sich die Delegierten darüber, dass mit der Union gesprochen werden muss. Strittig war jedoch, ob diese Gespräche – wie vom Parteivorstand gefordert – ergebnisoffen sein sollten. Die Jusos hatten einen Antrag eingereicht, der eine Festlegung forderte, dass die Große Koalition kein Ziel der Gespräche sein könne. Am Ende folgte eine deutliche Mehrheit der Delegierten der Position des Parteivorstandes. In der schleswig-holsteinischen Delegation (und bei den beiden Delegierten aus Ostholstein) hatten wir kontroverse Meinungen zu dieser Frage und stimmten am Ende jeweils zur Hälfte einer der beiden Forderungen zu.

Eins ist wichtig, weil manche den Beschluss jetzt falsch interpretieren (wollen): Der Parteitag hat sich ausdrücklich nicht für eine Große Koalition ausgesprochen, sondern nur für ergebnisoffene Gespräche. Zudem wurden die Hürden hochgesetzt. Nach den Sondierungsgesprächen wird jetzt ein Sonderparteitag – und nicht, wie ursprünglich vom Parteivorstand vorgesehen, ein kleinerer Parteikonvent – entscheiden, ob wir überhaupt in Koalitionsverhandlungen gehen. Und sollte am Ende ein Koalitionsvertrag vorliegen, dann werden darüber selbstverständlich alle Mitglieder abstimmen können.

Ausbaufähige Wahlergebnisse

Donnerstag und Freitag standen auch die Wahlen zum Parteivorstand an. Die gute Nachricht zuerst: Schleswig-Holstein ist künftig mit zwei Mitgliedern im Vorstand vertreten. Neben Ralf, der als stellvertretender Parteivorsitzender mit einem ausbaufähigen Stimmresultat wiedergewählt wurde, ist unsere stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Landtag, Serpil Midyatli, als Beisitzerin gewählt worden.

Bei fast allen Mitgliedern der engeren Parteiführung zeigte sich, dass die Ergebnisse im Vergleich zum letzten Parteitag schlechter ausfielen. Alles andere wäre nach der verlorenen Bundestagswahl vermutlich überraschend gewesen. Martins Rede war im Vergleich zur Wahlkampf-Rhetorik sehr nachdenk-

lich. In aller Deutlichkeit sprach er eigene Fehler an, verband dies aber zugleich mit der festen Absicht, in der aktuellen Situation Verantwortung übernehmen zu wollen. Alles in allem ein Auftritt, der mir persönlich gut gefiel.

#spderneuern

Eigentlich hätte das dritte Thema der große Schwerpunkt des Parteitags sein sollen. Wie stellen wir unsere Partei nach der heftigen Niederlage neu auf? Wie kommunizieren wir unsere Themen besser, wie gewinnen wir Vertrauen, aber auch: wie machen wir die alte Tante SPD zukunftsfest?

Dafür hatte der Parteivorstand Leiteträge vorgelegt, die kontrovers diskutiert wurden. Ähnlich wie auch bei unserem Landesparteitag in Schleswig-Holstein wurden in vielen Bereichen keine endgültigen Richtungsentscheidungen getroffen, sondern Bausteine für die Diskussion in Arbeitsgruppen mitgegeben. Ein großer Erfolg aus schleswig-holsteinischer Sicht ist, dass der Parteitag sich dafür aussprach, im 200-köpfigen Parteikonvent dem 45-köpfigen Parteivorstand kein automatisches Stimmrecht mehr zuzusprechen. Das ist eine Forderung, die wir auch als Ostholsteiner SPD bereits seit zwei Jahren (damals hatte der Konvent der Vorratsdatenspeicherung zugestimmt) hatten und die der Parteibasis ein Stück mehr Einfluss sichern kann.

Der nächste Parteitag wird jetzt voraussichtlich bereits im Januar stattfinden, um die Ergebnisse der Sondierungsgespräche zu bewerten.

Niclas Dürbrook

Mitglied der schleswig-holsteinischen Delegation



Nach der Entscheidung zum Parteikonvent hatte Martin Schulz noch Diskussionsbedarf mit Kai Dolgner (links von Martin), Katja Ludwig (ganz rechts) und Niclas Dürbrook (ganz links) aus der schleswig-holsteinischen Delegation

DAS GESCHÄFT MIT DER GESUNDHEIT PRIVATISIERUNG DER KREISKRANKENHÄUSER

2004 hat die CDU im Kreis Ostholstein mit ihrer absoluten Mehrheit, unterstützt von den Grünen, der FDP und Landrat Sager (CDU), die drei Kreiskrankenhäuser in Eutin, Oldenburg und auf Fehmarn an den Sana-Konzern verkauft, mit der Begründung, die Privaten könnten es besser. Viele glaubten, dass Privatisierungen billiger und bürgernäher seien. Wegen der klammen kommunalen Kassen setzten Kreise, Städte und Gemeinden auf Privatisierung.

Das von der SPD Kreistagsfraktion initiierte Bürgerbegehren, die Kreiskrankenhäuser nicht zu privatisieren, fand nicht statt, denn der Landrat hatte mit der Vertragsunterzeichnung zum Verkauf der Ostholstein-Kliniken am Tag nach der entscheidenden Kreistagssitzung vollendete Tatsachen geschaffen. Und das, obwohl ihm bekannt war, dass sich eine Bürgerinitiative gegründet hatte, um per Bürgerbegehren die Entscheidung über den Verkauf oder Verbleib der Kliniken in der Trägerschaft des Kreises den Bürgerinnen und Bürgern in Ostholstein zu überlassen. Damit war das von der Bevölkerung gewünschte Bürgerbegehren hinfällig und das Geschäft mit der Gesundheit konnte beginnen. Obwohl das Personal und viele Experten Alarm geschlagen hatten, waren die Krankenhäuser verkauft worden.

Unsere Kliniken standen 2004 finanziell gut da, arbeiteten wirtschaftlich und die über 1000 Arbeitsplätze in den drei Kliniken waren gesichert. Schon damals warnten wir davor, dass es sich immer wieder gezeigt habe, dass es durch Privatisierungen zu einem radikalen Personalabbau komme und häufig Missmanagement gesunde Betriebe in den Ruin wirtschaftete.

Trotzdem wurden unsere drei Krankenhäuser mit einer vorbildlichen dezentralen Krankenversorgung im Kreis an einen privaten Betreiber verkauft.

Privatisierung bedeutet

- ◆ Die soziale Komponente wird außer Acht gelassen
- ◆ Es werden Haustarife eingeführt
- ◆ Es kommt zu betriebsbedingten Kündigungen
- ◆ Durch die Haustarife werden Einsparungen vorgenommen und mit diesem Geld werden Chefärzt*innen, die Aushängeschilder der Privaten, mit Spitzengehältern geködert.

Private arbeiten nach dem Prinzip, Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Das ehemals kommunale Krankenhaus Eutin wurde von einem Generalunternehmer gebaut und 2002 eröffnet. Das Land steuerte 47,5 Millionen Euro bei, insgesamt kostete das neue Krankenhaus 65 Millionen.

Was passierte 2004 nach der Privatisierung?

Seit 2004 haben wir als Kreis keinen politischen Einfluss mehr und sind nur noch mit einer Stammeinlage in Höhe von 5,2 % und mit Landrat Sager im Aufsichtsrat Minderheitsgesellschafter. In den folgenden Jahren wurde das Krankenhaus auf Fehmarn neu gebaut. Oldenburg wurde saniert und erweitert. Das Land Schleswig-Holstein und der Kreis haben Millionen in die Häuser investiert. Die SPD Kreistagsfraktion hat Probleme bei Sana immer aufgegriffen und Anträge dazu in den Haupt- und Sozialausschuss gestellt.

Sana-Schlagzeilen in den Medien

- ◆ Sana Personal prangert Pflege-Notstand an
- ◆ Betriebsräte der Sana-Kliniken mahnen Missstände an
- ◆ Verdi sieht Versorgung der Ostholsteiner gefährdet
- ◆ Sana-Klinik: Jetzt schlägt der Ärztebund Alarm
- ◆ Sana-Klinik: Hilferuf der Chirurgie/Chirurgen
- ◆ Sana-Geschäftsführung bittet um Gesprächskultur

Die SPD Fraktion hat am 17.11.2017 ein Gespräch mit den Sana Betriebsräten geführt. Folgendes Schreiben wurde an mich gerichtet: „Es fand eine Sitzung mit der Geschäftsführung mit den Chefärzten statt. Da wurde ganz deutlich gemacht, dass wir in dieser Rumpfbesetzung weiterarbeiten müssen. Die Stationen sind längere Zeit nicht besetzt und Patienten werden gefährdet. Da die Dienststruktur die Sicherung der 24-stündigen Notfallversorgung inklusive Operationen aufgrund zu wenig Personals nicht mehr leistbar ist, wird angestrebt, ab 2018 nur noch eine eingeschränkte Regelversorgung anzubieten. (...) Geld regiert die Welt, aber irgendwo sind auch Grenzen. Bitte helfen sie uns. Wir müssen öffentlichen Druck aufbauen. Und die Politik hat, wenn sie will, viel Macht.“

Nach über 15 Jahren kommt endlich die Einsicht der Grünen in Ostholstein (sie hatten den Verkauf unterstützt), dass die Gesundheitsstrukturen in Ostholstein nicht zukunftssicher sind und Sana die Angebote einschränkt. Die SPD wird, wie seit der Privatisierung 2004, weiter Druck auf Sana ausüben und immer wieder den Finger auf die Wunden legen. Wir werden versuchen, die Niedrigzinsen zu nutzen, um unsere Krankenhäuser zurückzukaufen und zu rekommunalisieren. Wir werden das weitere Vorgehen von Sana im Pflegebereich, bei Chirurgen, Gesundheitsstrukturen, Notfallversorgung, Umsetzung der Krankenhauspläne, Geburtsstation, Neubau Eutin ... sehr kritisch und konstruktiv begleiten.

Wir fordern von der Sana Geschäftsführung, dass die gesamten Vorwürfe und Missstände, wie Arbeitsüberlastung und Personalmangel in den Sana Kliniken, die in den offenen Briefen von den Mitarbeiter*innen, Chirurg*innen und in der Berichterstat-



tung im Schleswig-Holstein-Magazin massiv erhoben worden sind, Punkt für Punkt aufzuklären.

Der Sana Geschäftsführer Herr Abel sagte im Hauptausschuss am 21.11.2017, die Sana Kliniken hätten schon reichlich Probleme, als weiteres komme Sickerwasser hinzu. Dies Problem sei so groß, dass es die Gesundheitsversorgung im Kreis ernsthaft bedrohen könne.

Ich bin überrascht, dass erst jetzt mitgeteilt wird, dass gravierende Wasserschäden im Haus aufgetreten sind und sich dadurch u.a. die Türen verzogen haben und es unter Tapeten und PVC-Fußböden zu Schimmelbildung gekommen ist. 50 Wasserschäden kommen nicht auf einmal, das ist immer ein sehr langer Prozess. Totalschaden nach 15 Jahren, die Sanierung soll 20 bis 40 Millionen Euro kosten. Sana Geschäftsführer Herr Abel plauderte vorab aus, dass das Land Unterstützung für einen Neubau zugesagt habe, dem widersprach das Ministerium. Sana solle zuerst einen Sanierungsplan für Eutin erstellen.

Ich habe den Eindruck, mit dieser Botschaft will Herr Abel von der Personalnot, der schlechten Stimmung, dem wachsenden Ansehensverlust und den ständigen negativen Schlagzeilen ablenken. Mir stellt sich die Frage, ob der Sana Geschäftsführer Klaus Abel für die vier Kliniken im Kreis Ostholstein noch tragbar ist.

Die SPD Kreistagfraktion hat für die Kreistagssitzung am 05.12.2017 den Tagesordnungspunkt Gesundheitsstandorte im Nordkreis – Sana Kliniken, Pflegenotstand, Geburtenstation, Allgemeine Facharzt- und Hausarztversorgung im Nordkreis, beantragt. Dieser TOP wurde nachträglich um die Fragestellung 'unter welchen rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen und

mit welchen finanziellen Folgen für den Kreis kann eine Rekommunalisierung der vormaligen Kreiskrankenhäuser in Eutin, Oldenburg und Fehmarn durchgeführt werden', erweitert.

Diese Problemfelder sollen von Vertretern des Ministeriums, der Sana, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Gewerkschaft thematisiert werden. Obwohl wir als Kreispolitiker*innen wegen der Privatisierung wenig Einfluss haben, sehen wir uns als Kümmerer. Wir greifen diese Problembereiche auf und thematisieren sie in den Fachausschüssen, denn wir waren strikt gegen eine Privatisierung.

Wir erwarten, dass der Sana Geschäftsführer Klaus Abel, jetzt allein zuständig für alle vier Häuser (neu ist Middelburg), die Aufschiebe vom Personal ernst nimmt und schnell handelt.

Die SPD fordert, dass wieder mehr Personal eingestellt wird. Der Personalabbau gefährdet das Wohl von Patient*innen, Pfleger*innen und Ärzt*innen. Wir schließen uns der Aussage des Vorsitzenden des Marburger Bundes Hermann an: „Die Zustände in der Sana Klinik Oldenburg zeigen, wie wirtschaftlicher Profit über die ärztliche Versorgung gestellt wird.“

Als SPD Fraktionsvorsitzender gehe ich noch weiter und stimme dem damaligen Präsidenten der deutschen Bundesärztekammer Jörg-Dietrich Hoppe zu, der bereits 2005 sagte, dass private Klinikbetreiber Patient*innen lieber blutend auf die Straße setzen, als ihre Gewinnmarge zu gefährden. Erst kommen die Mitarbeiterinnen und die Patientinnen, dann die Gewinne. Dividenden dürfen nicht zu Lasten der Mitarbeiter und Patienten ausgezahlt werden. ■

Burkhard Klinke

SPD Fraktionsvorsitzender im Kreistag Ostholstein

Auszug aus dem Beschlussvorschlag zu TOP 13 der Kreistagssitzung am 5. 12. 2017, Gesundheitsstandorte im Nordkreis – SANA Kliniken

8. Abschließend erklärt der Kreistag, dass sich die aktuellen und künftigen Herausforderungen im stationären Krankenhausesektor unabhängig von der Trägerschaft der Kliniken stellen. Die Geschäftsführung der Sana Kliniken Ostholstein GmbH hat öffentlich ihren Willen zur Fortsetzung des Versorgungsauftrages bekundet. *Deshalb besteht zurzeit kein Anlass für eine Rekommunalisierungsdebatte.*

Wir tragen alle Punkte mit, bis auf den *letzten Satz* von Punkt 8. Unser Vorschlag war, diesen Satz durch

Der Kreis Ostholstein wird im Dialog mit der Landesregierung alle Optionen zur Auflösung der oben benannten Probleme intensiv prüfen, insbesondere auch die Option der Rückübernahme des Versorgungsauftrages in kommunale Verantwortung.

zu ersetzen. Der Kreistag hat leider nicht beschlossen, diesen Satz zu übernehmen.

Um die Rekommunalisierung durchzusetzen, brauchen wir wohl eine eigene Mehrheit im Kreistag. Wir wollen die Ostholsteinerinnen und Ostholsteiner im Kommunahlwahlkampf überzeugen, dass die SPD mit ihren Stimmen den Kreis lebenswerter machen wird. ■

**Auf in den Kommunahlwahlkampf,
Genossinnen und Genossen!**



DIE FARBE ROT DER STARKE AUFTRITT DER ORTSVEREINE UND KREISTAGSKANDIDAT*INNEN

Die Kommunalwahl wirft ihre Schatten voraus und der Kreisvorstand hat bereits die Initiative ergriffen: Mit dem Entwurf einer kreisweiten gemeinsamen Kampagne, die für einen hohen Wiedererkennungseffekt in allen Wahlbezirken sorgen wird.

Der Ausgangspunkt war die Kreistagswahl, in der die Kandidat*innen natürlich einheitlich auftreten sollen. Schnell wurde daraus dann die Überlegung: Warum nur dort ein gemeinsamer Auftritt und nicht bis in die Ortsvereine? Ist es nicht besser, wenn sämtliche Kandidat*innen der Kommunalwahl in einem unverwechselbaren SPD-Layout in den Wahlkampf ziehen? Ist es nicht eine sinnvolle Idee, gemeinsame Stärke von Puttgarden bis Ahrensböök zu demonstrieren? Wird es damit nicht auch für die Ortsvereine einfacher, wenn sie auf eine fertige Kampagne zurückgreifen können? All das haben wir mit Ja beantwortet und uns ans Werk gemacht. Das Ergebnis ist einigen von Euch bereits bekannt und wird insgesamt auf der Ortsvereinskonferenz Anfang 2018 vorgestellt.

Die SPD hat auf dem Landesparteitag ihre kommunale Bedeutung hervorgehoben. Auch hierfür ist es wichtig, nach außen gemeinsam und geschlossen aufzutreten. Das ist mit unserer

gemeinsamen Kampagne „Die Farbe Rot“ am einfachsten zu erreichen: Für alle Wählenden ist in jedem Ort, an jeder Straße sofort klar: Das ist die SPD!

Neben dem einheitlichen Erscheinungsbild kommt ein weiterer Vorteil für die Ortsvereine zum Tragen: Es gibt ein erhebliches Einsparpotential durch den gemeinsamen Einkauf verschiedenster Produkte, besonders bei Give-Aways und Plakaten. Kugelschreiber, Windmühlen, Plakate, Flyer, Wahlprogramme - wir liefern Euch die passenden Vorlagen und Produkte für den Wahlerfolg. Auch das wird Euch in Kürze mitgeteilt.

Und: Ihr habt viel weniger Arbeit, um Eure Wahlkampfmaterialien zu beschaffen oder um sie für den Druck zu erstellen. Diese Zeit ist besser genutzt im Gespräch mit den Leuten auf den Straßen, den Märkten oder den Cafés.

Unser gemeinsames Ziel ist, die SPD im gesamten Kreis zur führenden kommunalen Kraft zu machen. Denn eins braucht der Kreis allemal: Die Farbe Rot. ■

Hansjörg Thelen

KV-Wahlkampagnen-Beauftragter



DIE FARBE ROT.

*DIE GEMEINSAME KAMPAGNE
ZUR KOMMUNALWAHL 2018*

EUROPAWEITER VERBRAUCHERSCHUTZ MUSS AUCH BEIM EINKAUF IM INTERNET GELTEN

In wenigen Tagen ist Weihnachten. Für den Einzelhandel ist das die umsatzreichste Zeit des Jahres. Doch der vorweihnachtliche Konsum beschränkt sich schon lange nicht mehr nur auf die Innenstädte.

Noch beladener als sonst stehen die ohnehin schon gestressten Paketzusteller vor unseren Haustüren. Denn immer mehr Menschen kaufen im Internet – nicht nur vor Weihnachten. Der Gefahr, dabei Betrügern aufzusitzen, will das Europäische Parlament jetzt noch entschlossener entgegentreten. Da Händler Waren und Dienstleistungen zunehmend grenzüberschreitend anbieten, brauchen wir auch wirksame Instrumente gegen Anbieter, die sich nicht an die Verbraucherschutzregeln der EU halten.

Ende November haben wir Abgeordnete während der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg deshalb für eine entsprechende Verordnung gestimmt. Damit schützen wir die Verbraucher etwa vor rechtswidrigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder fehlenden Belehrungen.

Die Neuregelung sieht eine engere Zusammenarbeit der nationalen Behörden vor – und ausgeweitete Befugnisse. So können die Verbraucherschutz-Behörden sich zukünftig besser über schwarze Schafe informieren und austauschen. Außerdem sollen die Behörden Bußgelder verhängen und die Entfernung unseriöser Inhalte anordnen können.

Auch anonyme Testkäufe oder die Anzeige einer ausdrücklichen Warnung vor einer rechtswidrigen Praxis werden damit möglich: Etwa vor langfristigen Abonnements, die hinter günstigen Lockangeboten versteckt werden.

Die nun verabschiedete Neuregelung ist Teil des von der EU-Kommission im Mai 2016 vorgelegten Pakets zum E-Commerce, das den digitalen Binnenmarkt regeln soll. Verhandlungsführer des Parlaments und der EU-Staaten hatten sich im Sommer auf die neue Verordnung geeinigt. Nach der formalen Zustimmung des Europäischen Rats soll die geänderte Verordnung Anfang 2020 in Kraft treten. **Bleibt kritisch beim Einkauf im Internet – oder unterstützt die lokalen Einzelhändler in eurer Region! ■**

Fröhliche Weihnachten wünscht euch
Ulrike Rodust, MdEP



AFD: KEINE ALTERNATIVE – SCHANDE FÜR DEUTSCHLAND!

Eine erschreckend neue Erfahrung wurde für uns Sozialdemokraten gleich am ersten Plenartag zur Konstituierung am 24. Oktober spürbar. Uns genau gegenüber sitzt der massive Block von AfD-Abgeordneten im Bundestag – eine Fraktion ganz überwiegend von alten Männern. Von den zehn ältesten Abgeordneten im Bundestag sind neun von der AfD – nur Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble von der CDU ist mit 75 Jahren in dieser Riege dabei. Von den 94 gewählten AfD-Abgeordneten (minus zwei durch die Austritte von Frauke Petry und ihrem Lebensgefährten Mieruch) sind 82 Männer und nur zehn Frauen! Das ist auch optisch ein erschreckendes, rückwärtsgewandtes Bild!

Gleich am ersten regulären Debattentag des Deutschen Bundestages am 21. November wurde ein Antrag der AfD-Fraktion zum Anleihenkaufprogramm der Europäischen Zentralbank in 1. Lesung diskutiert, in dem auf ein angebliches Verfassungsurteil Bezug genommen wurde, das noch gar nicht ergangen ist. Ich musste für die SPD-Fraktion reden – und nach den verbalen Entgleisungen von AfD-Front-Frau Alice Weidel war es gar nicht so leicht, die Contenance am Rednerpult zu bewahren. Die gesamte Debatte ist sehenswert (veröffentlicht in der Mediathek auf www.bundestag.de). Meine Rede findet ihr auch unter www.bettina-hagedorn.de/624-Reden.

Ein Auszug aus dem stenographischen Protokoll des Bundestages entlarvt deutlich den Geist der AfD-Abgeordneten (Zitat von mir und Reaktion der AfD):

„Dazu will ich Ihnen auch sagen, dass ganz oben in Ihrem Antrag als erstes Mitglied der AfD Peter Boehringer genannt wird. Peter Boehringer hat 2015 das deutsche Gerichtswesen ‚Justizhuren‘ genannt, die Bundesrepublik einen ‚(Unrechts-)Staat‘ und das Bundesverfassungsgericht ‚oberstes Systemgericht‘. (Beifall bei Abgeordneten der AfD). Wer solche Leute in seinen Reihen hat, der ist scheinheilig, wenn er sich hier so hinstellt, wie Sie es gerade getan haben. (Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP).“

Die AfD hätte sich z.B. durch eine Kurzintervention von diesem Zitat distanzieren können – das ist in Parlamentsdebatten ein übliches Instrument. Aber das haben sie nicht getan. Durch ihren protokollierten „Beifall bei Abgeordneten der AfD“ macht sich die AfD insgesamt mit diesen Zitaten von Peter Boehringer, die glasklar nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar sind, gemein. Verfassungsfeinde im Parlament – das ist bestürzend. ■

Bettina Hagedorn, MdB

AKTIONSWOCHE HAUSTÜRGESPRÄCHE

BETTINA HAGEDORN KLINGELTE ERNEUT AN FAST 500 HAUSTÜREN!

Schon in meinem Bundestagswahlkampf habe ich mit meinen beliebten roten Stoffbeuteln gefüllt mit Infomaterial zwischen Fehmarn und Reinfeld an rund 4.000 Haustüren geklingelt und unzählige Gespräche direkt und persönlich mit den Menschen geführt – die Resonanz darauf war positiv. Unsere neue SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles hatte vom 13. bis zum 17. November mit unserer ganzen SPD-Fraktion bundesweit erneut eine Aktionswoche mit Haustürgesprächen gestartet, denn wir wollen auch nach der Bundestagswahl mit den Menschen im Gespräch bleiben und von ihnen selbst wissen, wo der Schuh drückt.

Wofür soll sich die SPD im Bundestag einsetzen? Was können wir tun, um wieder stärkeres Vertrauen bei den Menschen zu gewinnen? Um welche Probleme sollen wir uns zuallererst kümmern? Dazu habe ich ca. 500 Ostholsteinern eine Postkarte mitgebracht, auf der sie direkt ihre Wünsche und Ideen der SPD-Bundestagsfraktion portofrei zusenden können. Fast alle angesprochenen Bürger haben sich – nach der ersten Überraschung – offen gezeigt und wollen Postkarten mit ihren Vorstellungen nach Berlin schicken. Mitmachen kann jede und jeder auch online unter www.spdfraktion.de/dialog oder per E-Mail an dialog@spdfraktion.de.

An vier Tagen habe ich jeweils zweieinhalb Stunden lang in den späten Nachmittagsstunden gemeinsam mit aktiven SPD-Kommunalpolitikern an den Haustüren geklingelt und dabei sehr viele positive Rückmeldungen bekommen. Der Start war am 13. November in Ahrensböök, am 14.11. folgte Oldenburg, am 15. 11. Neustadt sowie am 17. 11. Bad Schwartau. Gerade nach dem Wahldesaster für die SPD vom 24. September wollen wir direkt vor Ort erfahren, welche Themen den Menschen denn nun wirklich unter den Nägeln brennen.



Bettina, Helga Poppe und Lennart Maass klingelten gemeinsam in Oldenburg

Ist zum Beispiel eine menschenwürdige Pflege mit fairen Arbeitsbedingungen und besseren Personalschlüsseln in Heimen und Krankenhäusern an erster Stelle? Oder ein leistungsstarkes Gesundheitssystem auch für alle Kassenpatienten oder die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum? Sollen wir vorrangig für eine Entlastung von Familien und Alleinerziehenden zum Beispiel durch die schrittweise Gebührenfreiheit in Krippe, Kita und Ganztagsbetreuung kämpfen? Sollten Investitionen in unseren Schulen und mehr Lehrer Priorität haben oder eher Investitionen in Straßen, die Bahn, schnelles Internet oder in mehr Polizei und deren gute Ausrüstung? Wie wichtig ist den Bürgern die weitere Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, die Kontrolle von Mindestlöhnen oder die Bekämpfung von Steuerflucht?

Mit dem Scheitern von Merkels Wunschkoalition Jamaika durch CDU/CSU, Grüne und FDP steigt die allgemeine Wahrnehmung, dass es jetzt wieder stärker auf die SPD ankommt, und für uns Sozialdemokraten rücken nun endlich auch wieder die wichtigen sozialen Themen, die bei Jamaika praktisch keine Rolle spielten, in den Mittelpunkt. Das spüren viele Menschen und setzen ihre Hoffnung auf uns.

Die Aktionswoche war ein guter Auftakt, um mehr Menschen direkt an der Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion zu beteiligen – und natürlich geht diese Arbeit weiter. Deshalb werde ich die Haustürgespräche auch 2018 fortsetzen.

Ich freue mich jetzt schon auf zahlreiche Rückmeldungen, Wünsche und Anregungen! ■

Bettina Hagedorn, MdB

Impressum/Redaktion

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender. Redaktion Niclas Dürbrook, Susanne Bötticher-Meyners und Beate Müller-Behrens. Korrektur Susanne Bötticher-Meyners. Layout und Schlussredaktion Beate Müller-Behrens.

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6
23701 Eutin

Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

Mails für die Redaktion bitte an Niclas Dürbrook niclasduerbrook@gmx.de und Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de senden

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
fröhliche Weihnachten, alles Gute für das Jahr 2018,
vor allem Gesundheit und gewonnene Wahlen!

